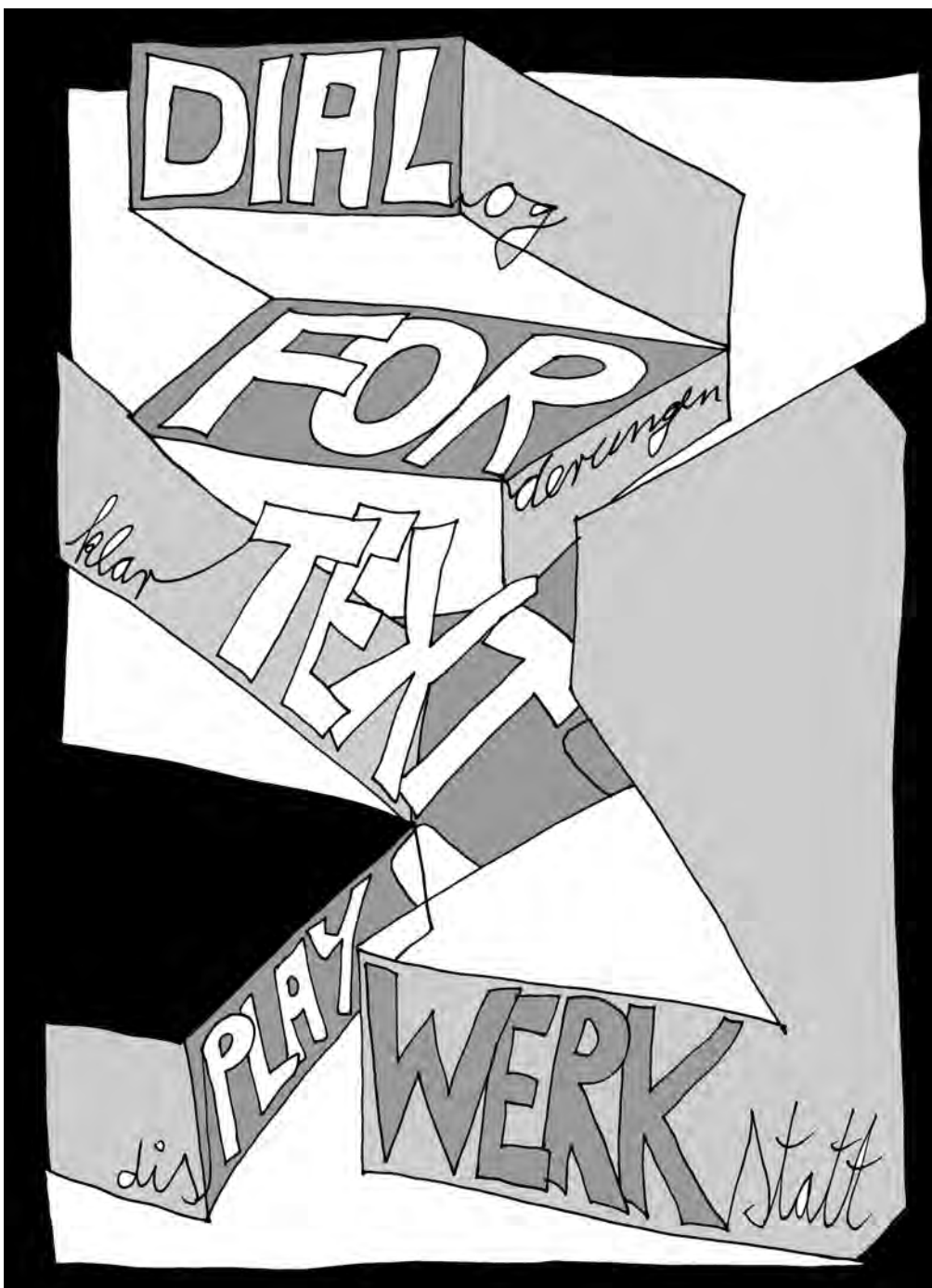


*** Please scroll down to page 10 for the English version.

Haben und Brauchen
unter Mitarbeit von VertreterInnen des berufsverbands bildender künstler berlin e.V.
(bbk berlin)

Konzept für einen längerfristigen Dialogprozess zwischen freien und institutionellen Akteuren der zeitgenössischen Kunst und dem Senat

Juni 2014, leicht gekürzte und überarbeitete Fassung vom September 2014



VORBEMERKUNG

Bitte wenden

Die gigantische Verteuerung und das Scheitern von Großprojekten, der Protest der Sozialmieter gegen unsoziale Mieten und zuletzt der klare Volksentscheid für eine „Tempelhofer Freiheit“ lassen nur einen Schluss zu: Liebe Berliner Stadtpolitik, so geht es nicht weiter!

Mitte der Nullerjahre schien bereits eine Umkehr in Sicht: Mit der von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung beauftragten und 2007 veröffentlichten Studie „Urban Pioneers – Stadtentwicklung durch Zwischennutzung“ wurden zumindest nachträglich die Leistungen der ZwischennutzerInnen anerkannt, diese jedoch als billiges Stadtentwicklungs-Tool für Problembezirke missverstanden. Inzwischen drängen zivilgesellschaftliche Initiativen ins Berliner Abgeordnetenhaus, um sich Gehör zu verschaffen, Diskussionen zu führen, Fachwissen zu übermitteln und die Beteiligung an Entscheidungsprozessen einzufordern: Kotti & Co und sozialmieter.de organisierten im November 2012 die senatsübergreifende Konferenz „Nichts läuft hier richtig“ zum Thema des sozialen Wohnungsbaus und die Initiative Stadt Neudenken veranstaltet seit Ende 2012 den „Runden Tisch zur Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik“.

Es gibt kein Zurück zum Top-Down-Masterplan. Das Recht aller auf Stadt muss gefördert und gestaltet werden. Hierfür braucht es Mittel, Orte, Energien, politischen Willen und eine neue Sprachkultur, die die Vielheit der städtischen Akteure anerkennt. Die gemischte, gerechte und vor der kompletten ökonomischen Verwertung geschützte Stadt ist kein bauliches, sondern ein sozial-politisches Projekt.

Bitte wenden. Sonst: Gegen die Wand!

Kunst kommt von Kunst machen

Die Arbeits- und Lebensbedingungen von KünstlerInnen sind mit der stadtpolitischen Entwicklung eng verknüpft. Bis vor wenigen Jahren ermöglichten die besondere historische Situation Berlins, informelle Freiräume und vergleichsweise billige Mieten eine heterogene, oft selbstorganisierte Kunstpraxis. Dass sich diese Situation dramatisch verändert hat, ist hinlänglich bekannt. Alle politischen Parteien bekennen sich im Grundsatz zur Bedeutung der „freien Szene“ für die Stadt und gestehen die prekären Lebens- und Arbeitsverhältnisse ihrer KulturproduzentInnen ein. Die Senatskanzlei für Kulturelle Angelegenheiten hat bereits durch die Einführung einer neuen Förderung die Arbeit der Projekträume und -initiativen anerkannt – was Orte wie General Public, einer der Gewinner der Auszeichnung in 2012, nicht davor schützt, aufgrund massiver Mietsteigerung nach Renovierung durch den Eigentümer den Raum im Prenzlauer Berg zu verlieren. Es fehlt bisher der entscheidende Schritt zu einer grundlegenden kulturpolitischen Neuorientierung unter Beteiligung der verschiedenen freien wie institutionellen Akteure. Die letztjährige, von der Koalition der Freien Szene angestoßene Debatte um die City Tax hat dies erneut offensichtlich gemacht.

Die existierende Auffassung, wie Kunst zu fördern sei, steht im krassen Gegensatz zur Alltagsrealität eines Großteils der KulturproduzentInnen. Der bbk berlin kämpft seit langem für die Verbesserung der Produktionsbedingungen im Bereich der Bildenden Kunst auf

Grundlage einer Stärkung der „Förderung des Kunstschaffens“. Diese ist ebenso wichtig wie die Förderung der Präsentation von Kunst.

Die kulturpolitische Auseinandersetzung muss an die aktuellen Debatten um Stadtentwicklung, Liegenschafts- und Mietpolitik angebunden und im Hinblick auf die Begriffe und Realitäten von Arbeit, Produktivität und Gemeinwesen geführt werden. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, die konkreten Arbeitssituationen von KünstlerInnen vor dem Hintergrund unbezahlter, unsichtbarer, sowie prekärer Arbeit und Existenzsicherung zu analysieren und zu verdeutlichen. Die Diskussion und Klärung unterschiedlichster Kunstbegriffe und damit verbundener Kunstpraxen ist unumgänglich und in Bezug auf die künstlerische Ausbildung, die bestehenden öffentlichen Förderstrukturen, sowie die Vereinnahmungsstrategien des Kunstmarkts, der Kreativwirtschaft und des Stadtmarketings neu zu untersuchen.

DER DIALOGPROZESS

Seit 2011 fordert Haben und Brauchen einen Dialog mit dem Senat. Mit der Bildung des Jour Fixe Bildende Kunst im November 2013 und der Beauftragung von Haben und Brauchen und dem bbk berlin, ein Dialogkonzept für 2014/15 zu entwickeln, hat die Senatskanzlei für Kulturelle Angelegenheiten einen solchen Weg des Dialogs nun zumindest eingeschlagen.

Dieser Weg muss ein längerfristig, überparteilich und legislaturübergreifend angelegter Prozess sein, der die kurzfristige Anpassung existierender Fördermodelle in der bildenden Kunst, z.B. im Sinne der Vorschläge und Forderungen des bbk berlin, ergänzt und weiterentwickelt. Angesichts der komplexen Probleme wollen wir strukturelle Veränderungen und Lösungen erarbeiten und umsetzen.

Am Dialogprozess sollen – abgestimmt auf die jeweiligen Themen, Fragestellungen und Handlungsfelder – neben den freien und institutionellen Kunstakteuren und dem Kultursenat auch weitere stadt-, sozial- und kulturpolitisch aktive Gruppen, Initiativen und Institutionen, weitere Senatsverwaltungen und Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses sowie die politischen Stiftungen der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien teilnehmen. Gerade in der Einbindung der politischen Stiftungen oder auch der Universitäten, z.B. als Kooperationspartner einzelner Veranstaltungen und Workshops, sehen wir eine Bedingung für die notwendige Erweiterung des Diskurses und die Unterstützung des von uns geforderten längerfristigen und parteiübergreifenden Dialogs.

Im Rahmen des Mitte Februar 2014 von Haben und Brauchen und dem bbk berlin organisierten, internen Klausurwochenendes wurden die Arbeitsgruppen Arbeit, Stadt/Raum und Kunstbegriff gebildet, die in den folgenden Monaten – unter Beteiligung von Akteuren anderer Initiativen – drei Bausteine für einen Dialogprozess entwickelten:

- AG Arbeit: „Persona“
- AG Stadt/Raum: „Stadttheorie verhandeln – Stadtpolitik und Stadtökonomie verhandeln – Stadtveränderungen verhandeln“
- AG Kunstbegriff: „Reflektorium“

ZEITPLAN UND FORMATE: DER KARREN

Phase 1: Study House Intern (Arbeitstitel), 2014/15

Für 2014/15 schlagen wir die inhaltliche Vertiefung der verschiedenen Themenfelder und die Vorbereitung eines lösungsorientierten Dialogverfahrens vor. Diese erste Phase setzt sich aus drei Ebenen zusammen:

- Interne Treffen und Wissensbildung innerhalb der Arbeitsgruppen und im Austausch mit eingeladenen ExpertInnen: Kartierungen, Recherchen, Lesegruppen, Workshops, etc.
- Semi-öffentliche Workshops, Runde Tische, Gespräche, Vernetzungstreffen, etc. unter Mitwirkung diverser Akteure und ExpertInnen inkl. Politik und Verwaltung
- Öffentliche Diskussions- und Vortragsveranstaltungen, Präsentationen, Performances, etc.

Phase 2: Study House Extern (Arbeitstitel), 2015/16

Als Format der zweiten Phase in 2015/2016 schlagen wir das so genannte Charrette-Verfahren¹ vor, das sich in Berlin jüngst im Kontext der geplanten Neugestaltung der Konversionsfläche Güterbahnhof Grunewald bewährt hat. Eine Charette besteht aus drei Teilen, die Schritt für Schritt nacheinander durchgeführt werden:

A) Problemanalyse und Planungsansatz (Mini-Charette), die die detaillierte Erarbeitung der Themen, Fragestellungen und Handlungsfelder umfasst. Die Mini-Charrettes überschneiden sich mit den semi-öffentlichen Veranstaltungs- und Workshopformaten des Study House Intern.

B) Öffentliche Planungswerkstatt (Kern-Charette), die den Hauptteil des interdisziplinären Dialogs repräsentiert und in einem eng begrenzten, intensiven Zeitraum durchgeführt wird.

C) Aufbereitungsphase (Abschluss-Charette), die die in der Werkstatt erarbeiteten Ideen und Ergebnisse in die Umsetzung überführt.

Das explizit lösungsorientierte Verfahren sieht einen konzentrierten, zeitlich begrenzten Arbeitsprozess vor, beinhaltet interdisziplinäre und kooperative Teamarbeit, bezieht lokales und externes Wissen ein und beteiligt Personen aus unterschiedlichen Feldern. Die Charrette schließt ein Davor und ein Danach ein und versucht, hier kombiniert mit künstlerischen Formaten der Verhandlung, Visionen mit Realisierbarkeit zu verbinden.

Die einzelnen Teil-Konzepte der Arbeitsgruppen Arbeit, Stadt/Raum und Kunstbegriff werden in diese Struktur – Study House Intern und Study House Extern (Charrette-Verfahren) – eingepasst und dort, wo es sinnvoll und notwendig erscheint, miteinander verwoben und überlappt.

¹ Der Name „Charrette“ ist dem Französischen entlehnt und bedeutet Karren oder Wagen. Im Paris des 19. Jahrhunderts wurden die Arbeiten der Studierenden der Kunstakademie zu Semesterabschluss auf einem Karren zur Akademie gebracht. Wer nicht rechtzeitig fertig war, tätigte noch während der Fahrt die letzten Pinselstriche, zumeist unter reger Anteilnahme der Bevölkerung. Seit den 1990er Jahren wird die Charrette als eine öffentliche Planungsmethode zur Stadt- und Regionalentwicklung mit direkter Beteiligung der BürgerInnen vor allem in den USA angewandt. Vgl. de.wikipedia.org/wiki/Charrette-Verfahren.

AG Arbeit: „Persona“

Die Persona ist ein politisches Konzept – die Persona sind wir.

Die AG Arbeit entwickelt eine fiktive Persona, die vielfach erfahrene, sich wiederholende, aber auch widerstreitende und ambivalente Erfahrungen im Kunstfeld zusammenfasst und die schwer vermittelbaren und heterogenen Arbeitsbedingungen von Künstler_innen aus subjektiver Sichtweise adressiert.

In einem ersten Schritt geht es darum, konkrete Arbeits- und Existenzsituationen im Kunstfeld performativ darzustellen und die Lebens- und Arbeitsrealitäten von Künstler_innen in fiktionalisierten Beispielen sichtbar und spürbar zu machen. Die Figur der Persona ist Gesprächspartnerin für diverse Öffentlichkeiten und benennt dabei die alltäglichen Erfahrungen des Prekaritäts vieler Künstler_innen und Kulturproduzent_innen.

Mehrere Themenschwerpunkte erscheinen uns besonders dringlich:

- unbezahlte Arbeit (Arbeit im Selbstauftrag, Ehrenamt, Praktikum, u.a.)
- unsichtbare Arbeit (Reproduktionsarbeit, (Selbst-)Organisationsarbeit)
- prekäre Arbeit (prekäre Lohn- und Projektarbeit)
- soziale Sicherung und Existenzsicherung (KSK, Hartz IV, Altersversorgung)

Zum einen nehmen wir lange bestehende Forderungen auf, wie z.B. Ausstellungshonorare und die Reformierung der Projekt- und Arbeitsstipendien, zum anderen recherchieren wir alternative Ansätze im internationalen Kontext. Ziel ist es, sich mit Akteuren wie a_n /Sue Jones (UK), Arts & Labour (USA), Arts Leaks, W.a.g.e (USA) oder Carrot Workers (UK) zu vernetzen.

Mittels der fiktiven Persona werfen wir ein Spektrum von Fragen auf:

- Wie kann unbezahlte Arbeit beschrieben, sichtbar und entlohnt werden?
- Welche Lebensphasen bringen welche Arbeitsmodi mit sich und wie sind diese sozial abgesichert?
- Wie machen wir uns Selbstausbeutungsmechanismen bei der Projektarbeit bewusst und welche Forderungen leiten wir daraus ab?
- Wie steht es um unsere beruflichen Perspektiven, wenn wir über 40 sind und aus den meisten Fördermodellen herausfallen?
- Was passiert, wenn der prekäre Balanceakt von künstlerischer Selbstständigkeit und Jobcenter zusammenbricht?

Zugleich weisen wir auf die Ähnlichkeit dieser Fragen bei anderen Berufsgruppen hin und machen auf die Vielzahl verschiedener Arbeitsrollen, auf die paradoxen Bruchlinien zwischen Privilegiertheit und Prekarität in unseren eigenen Existenzen aufmerksam.

Die Vielstimmigkeit der Persona speist sich aus subjektiven Texten, Fragebögen, Erfahrungsberichten und deren Auswertung. Weitere Formate sind Workshops mit Vertreter_innen anderer Initiativen, Job Swaps (Künstler_innen <-> Verwaltung/Senat) und die Erarbeitung einer Recherche-Webseite zum Thema künstlerische Arbeit. Außerdem laden wir verschiedene Gäste und andere Initiativen aus den Bereichen Kunst, Politik und Aktivismus ein, uns in der daraus resultierenden Erarbeitung von Forderungen zu unterstützen. In einem nachfolgenden Schritt erarbeiten und erörtern wir die Fragestellungen und spezifischen

Probleme mit politischen Vertreter_innen und versuchen gemeinsam, auf konkrete Möglichkeiten der Verbesserung von Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten von Künstler_innen zu schließen.

Die Persona erhält eine Bezahlung.

AG Stadt/Raum: „Stadttheorie verhandeln – Stadtpolitik und Stadtökonomie verhandeln – Stadtveränderungen verhandeln“

Die Produktion und Reproduktion Berlins erfolgt durch alle BerlinerInnen. Fragen der Umverteilung stehen im Mittelpunkt der politischen und sozialen Auseinandersetzungen. Der jüngst für die Position der Initiative 100% Tempelhof erfolgreich verlaufene Volksentscheid ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die BerlinerInnen nicht nur die Größe und Weite dieses innerstädtischen Raums als *urban commons* verstehen. Ihr Abstimmungsverhalten ist als nicht zu überhörende Forderung nach gleichberechtigter Teilhabe, auf Selbstbestimmung und Gemeinschaft zielende und an sozialer Gerechtigkeit ausgerichtete Stadtentwicklung zu deuten.

Die Arbeitsgruppe Stadt/Raum schlägt ein intensives theoretisches und zugleich an der Praxis orientiertes Arbeiten vor. Die daraus folgenden Verhandlungsfelder bezeichnen wir vorläufig mit Stadttheorie verhandeln, Stadtpolitik und Stadtökonomie verhandeln und Stadtveränderungen verhandeln. Sie richten sich sowohl nach innen (im Sinne von Weiterbildung und Ermächtigung unter uns und mit anderen stadtpolitisch Handelnden) als auch nach außen (im Sinne von Fordern und Aushandeln sowie einer dauerhaften Kooperation mit Politik, Verwaltung und ggf. Wirtschaft)

STADTTHEORIE VERHANDELN – Was heißt hier eigentlich Creative City?

Die Vereinnahmung der Kunst/Kultur durch den Begriff der Kreativwirtschaft oder das Motto, Berlin als „gemischte Stadt“² zu gestalten, sind „gegenzubürsten“. Im Rahmen einer Auseinandersetzung mit Politik/Verwaltung gilt es aber nicht nur Vereinfachungslogiken zu dechiffrieren, sondern ebenso alternative Begriffe und Theorien zu studieren und im Abgleich mit der „Realpolitik“ zu debattieren.

„Beispielsweise ist die Atmosphäre und Attraktivität einer Stadt ein kollektives Produkt ihrer Bewohner, doch die Tourismusbranche ist es, die kommerziell von diesem Gemeingut profitiert [...] Zwar kann dieses kulturell schöpferische Gemeingut nicht durch Gebrauch zerstört werden, aber es kann durch exzessiven Missbrauch seinen Wert verlieren und banalisiert werden. [...] Wenn der Markt sein zerstörerisches Werk erst einmal vollbracht hat, sind nicht nur die ursprünglichen Bewohner des Gemeinguts beraubt worden, das sie einst produzierten (oftmals werden sie durch steigende Mieten und Grundsteuern vertrieben), sondern das Gemeingut selbst hat an Wert verloren.“ (David Harvey)

² Die „gemischte Stadt“ wird üblicherweise mit der Durchmischung ökonomisch unterschiedlicher Milieus verbunden. „Mischung“ entsteht jedoch ebenso durch Ethnie, Kultur, Bildung, etc. – Faktoren, die über das Primat der Ökonomie hinausgehen und so auf soziale Auseinandersetzungen verweisen.

Vor dem Hintergrund der Forderung, die Stadt in einem *urban commoning*-Prozess zu entwickeln, erscheint uns die Lektüre von z.B. David Harvey, Henri Lefebvre, Michael Hardt/Antonio Negri und Silvia Federici notwendig. Gelesen werden soll nicht nur unter uns und mit uns „verwandten“ Dritten (als internes Bildungsprojekt und zur Weitergabe nach „Außen“), sondern auch Politik/Verwaltung werden aufgefordert, sich in „Seminaren“ mit Theorien wie diesen zu befassen. Als Auftakt schlagen wir einen für alle verpflichtenden Lektürezirkel zu David Harveys oben zitierten, in 2013 in deutscher Übersetzung erschienenen Band *Rebellische Städte* vor.

STADTPOLITIK UND STADTÖKONOMIE VERHANDELN – Raum für neue Modelle!

Die erfolgreichste Berliner KünstlerInnenförderung waren die günstigen Mieten. Der ökonomisch niederschwellige Zugang zu Wohn-, Atelier-, Produktions- und Präsentationsräumen machte Berlin zu einem Magnet für KünstlerInnen und trägt bis heute zum Image der Stadt als Kulturmetropole wesentlich bei. Längst zieht die Stadt als Anlageobjekt mit anderen Metropolen gleich. Soll Berlins Besonderheit erhalten bleiben, ist es an der Zeit, auf breiter Front eine sozial gerechte und gemeinschaftsorientierte Wohnungspolitik in Angriff zu nehmen.

Ein neues Konzept von Stadtentwicklung stellt die Perspektive der NutzerInnen und nicht der Geschäftsideen ins Zentrum. Das bedeutet, Rahmenbedingungen zu ändern und Wohnen (wieder) als soziale Infrastruktur zu begreifen, also z.B. soziale Liegenschaftspolitik zu betreiben, staatliche Förderung nicht zur Vorlaufinvestition für Spekulation werden zu lassen und sozialverträgliche Mieten dauerhaft zu sichern.

Es sollen Modelle entwickelt werden, wie Wohnen (wieder) als Infrastruktur im Sinne des Gemeinguts begriffen und dauerhaft gesichert werden kann. Der aktuelle Wohnungsbau in Berlin soll untersucht und weiterentwickelt werden, um alternative Gesellschaftsmodelle jenseits der Verwertungs politik zu erreichen. Es geht auch um alternative Modelle für Produktions-, Verhandlungs- und Präsentationsräume (bildender) KünstlerInnen. Dabei zählt die ganze Stadt mit allen ihren Verflechtungen.

Haben und Brauchen steht in engem Austausch mit den mieten- und liegenschaftspolitischen Initiativen der Stadt. Dieses informell gewachsene Netzwerk verfügt über große Kompetenzen an den Schnittstellen von Kunst, Architektur, Stadtentwicklung sowie städtisch Handelnden. Dies soll professionalisiert und im Rahmen des vorgeschlagenen Dialogprozesses verstetigt werden. Die Rückbindung der Ressortpolitik an basisdemokratische Willensbildung könnte zu einem beispielhaften Politikstil führen.

STADTVERÄNDERUNGEN VERHANDELN – Mapping

Als Methode zur (Wieder)Aneignung der Stadt und ihrer Räume wird die Arbeitsgruppe Stadt /Raum ein Mapping der Stadt Berlin aus der Perspektive der KulturproduzentInnen erstellen. Diese Kartografierung zeichnet in drei zeitlichen Richtungen zum einen den Verlust von Räumen (jüngere Vergangenheit), die Einschreibung künstlerischer Aktivitäten in den Stadtraum (Gegenwart) und die bestehenden Möglichkeiten zum Ausbau und zur Absicherung von Kunst in der wachsenden und dem ökonomischen Druck ausgesetzten Stadt (Zukunft) auf.

Das Mapping erfolgt in aufeinander aufbauenden, offenen Workshops, in denen Berlin-Karten erstellt werden, die mit Beobachtungsschärfe das Wissen über Kunst und Kultur seit den frühen 1990er Jahren bis in eine mögliche Zukunft abbilden und in der Gegenüberstellung Fehlstellen und Fehlentwicklungen aufzeichnen. Das Mapping soll als visuelles Werkzeug im Dialogprozess zwischen Politik, Verwaltung und den KulturproduzentInnen der Stadt dienen, um künftige Entscheidungen im Sinne einer Verstetigung des heutigen kulturellen Potentials Berlins in seinen breit gefächerten Erscheinungen treffen zu können.

AG Kunstbegriff: Reflektorium

Rezeption/Produktion

Haben und Brauchen spricht aus der Perspektive der Produzierenden. Oft wird die Kunst dagegen aus einer rezeptionsästhetischen Perspektive diskutiert, aus deren Betrachtungen heraus die Produktionsbedingungen meist irrelevant sind und die damit die künstlerische Haltung und das Selbstverständnis von KünstlerInnen zwangsläufig ausblendet. Für einen Dialogprozess muss folglich die Perspektive der ProduzentInnen anerkannt werden.

Berlin, 90er Jahre

Bedingt durch die Situation nach dem Mauerfall formulierte sich eine künstlerische Praxis mit emanzipatorischem, ästhetisch-politischem und reflexivem Potential, das sich in verschiedenen Formen von Systemkritik innerhalb der Kunst selbst sowie in gesellschaftlichen Interaktionen äußerte. Dekonstruiert wurde ein Verständnis von Kunst mit einer bürgerlichen, apolitischen Selbstversicherung, die sich in „genialen Werken“ materialisierte und oft patriarchal geprägt war. Die Kunst wollte in gesellschaftliche Prozesse eingreifen. Teil dieses Selbstverständnisses war die Entwicklung partizipativer und kollaborativer Arbeitsformen, eine Infragestellung der Autorenschaft, eine transdisziplinäre Zusammenarbeit mit Akteuren anderer Felder, die Vermischung von Rollenmodellen und eine Diskursivierung der eigenen Handlungen. Die KünstlerInnen nahmen sich ihre eigenen Räume und bestimmten ihr Feld selbst.

Selbstbestimmung, Funktionalisierung, Autonomie

Politik und Institutionen nahmen die Anregungen auf, Kunst als mitwirkend in gesellschaftlichen und sozialen Kontexten zu verstehen. Die von KünstlerInnen selbst entwickelten Formate und ihr Selbstverständnis wurden über das Feld der Kunst hinaus anschlussfähig an andere Ressorts. Zunehmend wurden Kriterien wie Interdisziplinarität, Partizipation oder auch Intervention zum Bestandteil von Förderinstrumentarien, die in Feldern wie Stadtentwicklung oder Bildung entstanden waren. Was selbst entwickelt und in spezifischen Feldern verhandelt worden war sowie oft einen eher temporären Charakter hatte, wurde zu Lösungsmodellen einer von Deregulierungen, Haushaltskürzungen und in seiner gesellschaftlichen Legitimation bedrängten Kulturpolitik. Dabei verschiebt sich das Verständnis einer selbstbestimmten Praxis hin zu einem In-Funktion-Setzen der Kunst. Sie hätte demnach bestimmte, vorgegebene gesellschaftliche Rollen zu erfüllen.

Besonders virulent wurde die Diskussion um die Frage der Selbstbestimmung durch die Umstrukturierung von Diplom- und Meisterschüler- in Bachelor- und Masterstudiengänge und von Kunstakademien in Universitäten. Um jedoch die künstlerische Ausbildung nicht vollkommen universitären Regularien zu unterwerfen, griffen viele Akademien auf den Begriff der künstlerischen Autonomie zurück. Die Anwendung des Begriffes scheint sich heute aus dieser Perspektive gegen eine Regulierung und Funktionalisierung der Kunst zu verwehren. Wo von Autonomie gesprochen wird, meinen wir Selbstbestimmung.

Felder der Auseinandersetzung mit Senat und Politik

Diese Selbstbestimmung steht heute massiv unter Druck. Für den Dialogprozess ist es grundlegend, verschiedene Formen der künstlerischen Praxis zu besprechen und sie in ihrer Selbstbestimmung zu stärken. Dabei sehen wir eine Reihe von Untersuchungsfeldern: Die künstlerische Ausbildung, die öffentlichen Förderungsstrukturen (Legitimation der Kunstförderung nach Kriterien der Nützlichkeit und Funktion der Kunst. Auf welche Kunstbegriffe beziehen sich die verschiedenen Fördermodelle?), der Kunstmarkt (Kunst als Wertanlage, Überökonomisierung der Produktion), die Kreativwirtschaft (Kunst als Arbeitsmodell eines unternehmerischen Handelns und als Wirtschaftsfaktor), das Stadtmarketing (Kunst als symbolisches Kapital).

Nicht nur die sozialpolitischen Bedingungen, auch die KünstlerInnen selbst haben ihre Selbstbeschreibungen und Arbeitsmethoden verändert. Darüber hinaus haben sich Arbeits- und Produktionsbedingungen, Formate und Räume des Zeigens von Kunst verändert. Die Auseinandersetzungen um die Kunstbegriffe, die in verschiedenen Feldern ihre Anwendung finden, setzen zuerst einen Raum der Reflektion und Diskussion voraus, der die Begriffe aus ihren unterschiedlichen Perspektiven darstellt. Diesen Raum wollen wir als Arbeitsmodell für einen Dialogprozess unter uns, mit der Öffentlichkeit und mit Senat und Politik etablieren: das Reflektorium.

Ein zentraler Begriff, den es dabei zu untersuchen gälte, ist der Begriff des Projekts, ein Begriff, der sowohl auf das Selbstverständnis von KünstlerInnen also auch auf die Förderpolitik und allgemeine Verständnis von Kulturförderung Auswirkungen hat. Die Organisationsform des Projekts war als politische Alternative gegenüber verkrusteten Institutionen entstanden. In Folge wurde aus einem Alternativmodell jedoch ein Lösungsmodell für zeit- und zielgebundene Förderungen. Welche Auswirkungen hat diese „Projektisierung“ für die Produktionsbedingungen von Kulturschaffenden und Institutionen?

Reflektorium/Format der Verhandlung

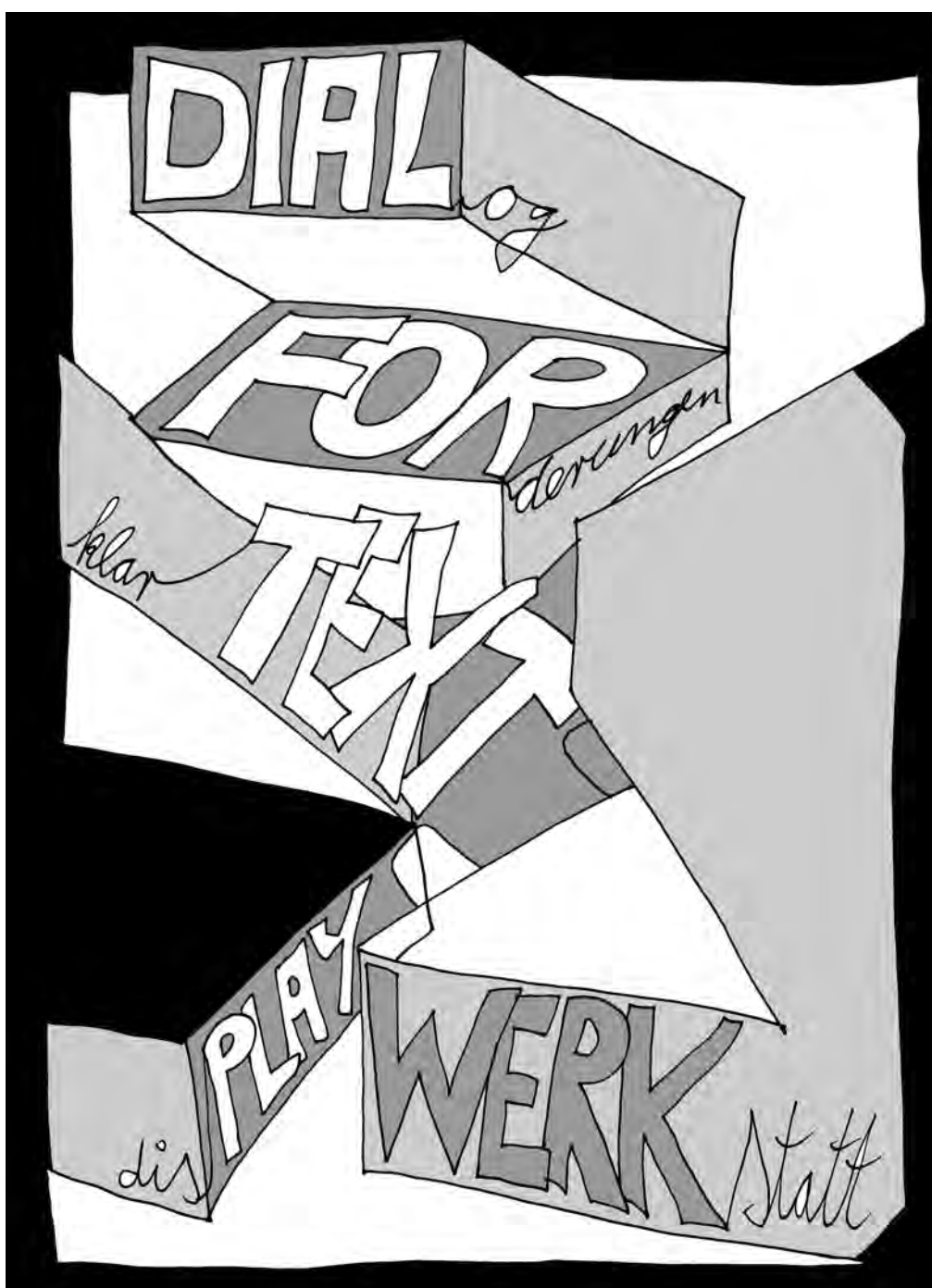
Im Reflektorium bilden sich Fragenkomplexe ab, die sich mit ästhetischen, philosophischen, soziologischen und postkolonialistischen Veränderungen zeitgenössischer Kunst, ihrer Produktion und ihrer Rezeption befassen. Innerhalb des Dialogprozesses – vor allem im Rahmen des Study House Intern – werden Grundlagen für das weitere Verfahren mit dem Ziel geschaffen, Fragestellungen gemeinsam zu präzisieren.

Haben und Brauchen (To Have and To Need)

with the participation of representatives of the berufsverband bildender künstler berlin e.V. (bbk berlin) (The Professional Association of Visual Artists, Berlin)

Concept for a long-term dialogue process between independent and institutional agents from the contemporary arts scene, and the Berlin Senate

June 2014, slightly shortened and re-edited version of September 2014



PREAMBLE

Please turn now

The gigantic rise in costs and the collapse of large-scale building projects, the protests of low-income tenants against socially indifferent rental prices, and last but not least, the outcome of the recent city-wide referendum—a clear mandate in favor of an open “Tempelhofer Freiheit”—can only mean one thing: Dear Berlin city policy, it cannot continue this way.

Already in the mid-nineties, a reversal seemed within sight: the 2007 study “Urban Pioneers – Stadtentwicklung durch Zwischennutzung” (Urban Pioneers – City Development through Temporary Use Practice), commissioned by the Berlin Senate Department for Urban Development, granted at least belated recognition to the achievements of the temporary users, albeit in a way that misunderstood temporary use as an inexpensive urban development tool for problem-districts. Meanwhile, citizens’ initiatives have been surging into the Berlin Senate (Berlin City Parliament) in order to gain visibility, engage in discussions, communicate specialist knowhow, and to demand the opportunity to participate in decision making processes: in November 2012, Kotti & Co and sozialmieter.de organized the inter-departmental conference “Nichts läuft hier richtig” (Nothing works properly here) which grappled with the public housing issue; and since late 2012 the Initiative Stadt Neudenken has been presenting the Roundtable on the Reorientation of Berlin Real Estate Policy.

There’s no going back to the top-down master plan. Everybody’s right to the city must be supported and shaped. Such processes require resources, spaces, energies, political will, and a new verbal culture that acknowledges the multiplicity of agents active in urban space. The diverse and fair city, the city protected against total economic exploitation is not only a building project. It is a sociopolitical project.

Please turn now. Or else: it’s straight into the wall!

Art comes from making art

The working and living conditions of artists are closely tied to developments in city policy. Until a few years ago, a heterogeneous, often self-organized art practice was enabled by Berlin’s exceptional situation, by Berlin’s informal independent spaces and comparatively cheap rents. It is long since common knowledge that this situation has dramatically changed. All political parties acknowledge, in principle, the importance of the “independent scene” for the city; they admit that people who produce culture live under precarious conditions. The Senate Chancellery for Cultural Affairs has at least acknowledged the work of project spaces and initiatives through the establishment of a new funding program—which doesn’t protect project spaces like General Public, one of the winners of the award in 2012, from losing their space in Prenzlauer Berg due to a massive rent increase after renovations through the owner. No steps have thus far been taken toward a fundamental cultural-political reorientation in the arts sector to include the participation of Berlin’s wide array of independent as well as institutional agents. This stasis was again made obvious last year when the Koalition der Freien Szene launched the debate surrounding the City Tax.

The existing understanding of how art is to be supported stands in stark contrast to the everyday reality of the majority of cultural producers. bbk berlin has been fighting a long while for the improvement of the production conditions in the field of the visual arts on the

basis of a strengthening of the “sponsorship of artmaking.” The sponsorship of artmaking is just as important as the sponsorship of the presentation of art.

This cultural-political discussion must be conducted in conjunction with current debates on city development and real estate and rental policy, and with an eye toward concepts and realities of work, productivity, and the commons. This imperative gives rise to another necessity: artists’ concrete working situations have to be analyzed and elucidated against the background of the following themes: unpaid work, invisible work, precarious work, and the securing of one’s livelihood. Furthermore, a discussion and clarification of diverse notions of art and their accompanying art practices is unavoidable. These notions and practices must be examined in their relation to artistic education, to existing structures of public funding, and to the co-optive, expropriational strategies of the art market, the creative economy, and city marketing.

THE DIALOGUE PROCESS

Since 2011 Haben und Brauchen has pursued dialogue with the Senate. With the formation of the Jour Fixe Bildende Kunst upon the recommendation of the Council for the Arts in November 2013, and with the commissioning of Haben und Brauchen and bbk berlin to develop a dialogue concept for 2014/15, the Senate Chancellery for Cultural Affairs has begun moving down a path toward this dialogue.

What is needed is a long-term, nonpartisan, and pan-legislative process that complements and furthers the short-term adaptation of existing funding models in the visual arts, as it has been detailed, for instance, in the proposals and demands of bbk berlin. As we confront complex problems along the way, we want to develop and help bring about changes and solutions.

The dialogue process—geared to prevailing issues, questions, and spheres of activity—must include participation not only of independent and institutional art agents and the Cultural Senate, but also other groups, initiatives, and institutions active in urban, social and cultural policy, other Senate departments and members of the Berlin Parliament, and the political foundations of parties represented therein. The inclusion of political foundations, or as well as the universities, as cooperating partners for individual events and workshops is, in our view, a prerequisite for the necessary broadening of this discourse, as well as for the reinforcement of the long-term, nonpartisan process of dialogue we are calling for.

As part of a closed weekend retreat in mid-February 2014 organized by Haben und Brauchen and bbk berlin, Working Groups (WG) in Work, City/Space, and Notions of Art were initiated. These Working Groups developed over the last few months—including participation of agents from other initiatives as well—three elements for a dialogue process:

—WG Work: “Persona”

—WG City/Space: “Negotiating Urban Theory—Negotiating City Politics and Urban Economies—Negotiating Urban Change”

—WG Notions of Art: “Reflectorium”

FORMATS AND TIME SCHEDULE: THE CART

Phase 1: Internal Study House (working title), 2014/15

For 2014/15 we propose a content-based, in-depth examination of the different thematic fields as well as the preparation of a solution-oriented dialogue procedure. This first phase is composed of three levels:

- Closed meeting and knowledge-building within the aforementioned Working Groups and in exchange with invited experts: mappings, research investigations, reading groups, workshops, etc.
- Semi-public workshops, roundtables, conversations, networking meetings, etc., with the participation of diverse agents and experts as well as policymakers and administrators.
- Public discussion and lecture events, presentations, performances, etc.

Phase 2: External Study House (working title), 2015/16

For the format of the second phase in 2015/16 we propose the so-called "charrette" procedure,³ which was recently utilized in Berlin in connection with the planned redesign of the conversion area Güterbahnhof Grunewald, and which proved in that context to be a successful method. The procedure consists of three parts that are conducted step by step, one after the other:

A) Problem analysis and approach (mini-charrette), which encompasses the detailed development of topics, questions, and fields of action. The mini-charrettes overlap with the semi-public formats of the Internal Study House.

B) Public Planning Workshop (core charrette), which represents the main segment of the interdisciplinary dialogue and is conducted in a compact, intensive period of time.

C) Processing phase (closing charrette), which transitions the ideas and results developed in the workshop into individual implementation.

The explicitly solution-oriented procedure provides for a concentrated working process during a limited period of time. It will involve interdisciplinary and cooperative teamwork, local and external knowledge, and bring in people from different fields. The charrette process comprises a Before and a After, and it attempts—here combined with artistic forms of negotiation—to link visions with the question of their feasibility.

The individual concept parts of the Working Groups Work, City/Space, and Notions of Art will be fit into the structure of the Internal Study House and the External Study House (charrette procedure). Where it appears meaningful and necessary, the Working Group's concepts will be interwoven and overlapped.

³ The name "charrette" is derived from the French word meaning "cart" or "wagon." In nineteenth-century Paris, works by art academy students were brought to the academy on a cart at the end of the semester. Students not finished in time executed the final brushstrokes in the cart en route to the academy, usually amidst the animated condolences of city dwellers. Since the 1990s, the charrette has been used, especially in the US, as a citizen-inclusive public planning method for municipal and regional development. See <http://en.wikipedia.org/wiki/Charrette>.

WG Work: "Persona"

The persona is a political concept—we are the persona.

The WG Work is developing a fictive persona that compiles frequently undergone, recurrent, and yet contradictory and ambivalent experiences faced by artists in the art field, and it addresses the heterogeneous and sometimes mysterious working conditions of artists from a subjective standpoint.

In a first step, the focus is placed on showing the concrete circumstances of work and life in the art field, and to make artists' living and working conditions visible and palpable through fictionalized examples. The figure of the persona is an interlocutor for diverse publics while naming the daily experiences of precariousness that artists and producers of culture endure.

We have carved out some especially urgent thematic focal points:

- unpaid work (self-commissioned work, honorary posts, internships, et. al.)
- invisible work (reproductive labor, (self-)organizational labor)
- precarious work (precarious wage labor and temporary, project-related work)
- social security and the securing of one's livelihood (KSK [German Artist's Social Welfare Fund], Hartz IV [German Unemployment Benefit], old-age benefits)

On the one hand, we are using this as an opportunity to reassert long-since voiced demands, such as artists' honorariums and the reformation of funding schemes for projects and artists' stipends; and on the other hand, we are researching alternative approaches throughout the international context. The goal is to network with agents like a_n/Sue Jones (UK), Arts & Labour (USA), Arts Leaks, W.a.g.e (USA), or Carrot Workers (UK).

We are raising a spectrum of questions by means of the fictive persona:

- How can unpaid work be described, be made visible, and be recompensed?
- Which phases of life are accompanied by which modes of work, and how are these socially secured?
- How do we make ourselves aware of self-exploitative mechanisms operative in project-based work, and what demands do we construe from this awareness?
- What happens to our professional prospects when we are over forty and thus fall out of most funding models?
- What happens when the precarious balancing act between artistic self-employment and Jobcenter collapses?

At the same time, we are pointing out the similarities between these questions and questions asked in other professional sectors, and we are drawing attention to the high number of discrete working roles as well as to the paradoxical faultlines between privilege and precariousness in our own livelihoods.

The multivocality of the persona is fed by subjective texts, questionnaires, field reports, and the evaluation thereof. Further formats include workshops with representatives of other initiatives, job swaps (artists ↔ administrators/Senate), and the development of a research website devoted to the theme of artistic work. We will invite a range of guests and other initiatives from the fields of art, politics, and activism to lend us support in the subsequent drafting of demands. In the next step, we will develop and debate the questions and specific

problems with political representatives while collectively attempting to extrapolate concrete possibilities for the improvement of living and working opportunities for artists.

The persona receives payment.

WG City/Space: “Negotiating Urban Theory—Negotiating City Politics and Urban Economies—Negotiating Urban Change”

The production and reproduction of Berlin is accomplished by all Berliners. Questions of participation and redistribution are at the center of political and social debates. The outcome of the recently held referendum, which was won by the 100% Tempelhof initiative, is not only a clear indicator that Berliners understand the breadth and vastness of this inner-city space as *urban commons*; their voting behavior is also to be interpreted as an unmistakable demand for equitable participation and for a city planning aimed at self-determination, community, and social justice.

The Working Group City/Space proposes an intensive theoretical and simultaneously praxis-oriented working process. We will preliminarily identify the resultant fields of negotiation as those of urban theory, city politics, urban economies, and urban change. These fields are focused on the inside (for continued education and empowerment among ourselves and with other agents throughout the city) and on the outside (for making demands and negotiating, in the best case, cooperating with policymakers, administrators, and in some cases business representatives).

NEGOTIATING URBAN THEORY—What does “creative city” really mean here?

The subsumption of art/culture under the notion of the creative economy or the mantra of the “mixed city” that Berlin strives to model itself on⁴ must, irrefutably, be counteracted. While engaging in debate with policymakers and administrators, however, not only is it imperative that we decode logics of simplification; we must also study alternative notions and theories and correlate these so as to be in a position to debate matters of real policy.

“The ambience and attractiveness of a city, for example, is a collective product of its citizens, but it is the tourist trade that commercially capitalizes upon that common [. . .] While this culturally creative common cannot be destroyed through use, it can be degraded and banalized through excessive abuse. [. . .] By the time the market has done its destructive work, not only have the original residents been dispossessed of that common which they had created (often being forced out by rising rents and property taxes), but the common itself becomes so debased as to be unrecognizable.” (David Harvey)

Against the background of claiming a city development that takes shape through an *urban commoning* process, readings of David Harvey, Henri Lefevbre, Michael Hardt/Antonio Negri, Silvia Federici, and others, seem necessary to us. Reading should occur on a broader scale than merely among ourselves and “kindred” third parties; indeed, policymakers and administrators will be called to explore these theories in “seminars.” We propose to start with

⁴ The “mixed city” is commonly associated with the intermixture of economically variant milieus. But “mixture” arises also through the equal influence of ethnicity, culture, education, etc.—factors that exceed the primacy of the economy and thereby necessitate social debates.

a reading circle, mandatory for all involved, on David Harvey's above-quoted book *Rebel Cities*, which originally appeared in English in 2012 and was published in German in 2013.

NEGOTIATING CITY POLITICS AND URBAN ECONOMIES—Space for new models!

Berlin's most successful form of cultural funding was its low rents. The low economic threshold for access to living, studio, production, and presentational spaces made Berlin a magnet for artists and to this day has bolstered the city's image as a cultural metropolis. Berlin is now catching up to other metropolises in the rise of investment properties. If we are to preserve Berlin's special features, then the time has come to implement socially just and community-oriented housing policies across the board.

A new concept of city development centers on the perspectives of users and not on those of business proposals. This means changing the parameters, (once again) treating tenancy as a social infrastructure, and consequently practicing, for example, a form of socially-minded real estate politics. Otherwise state funding is turned into merely precursory investment for the benefit of speculation. The point is to permanently secure socially accommodating rental prices.

Permanently securable models that (once again) understand living as infrastructure—as public property (the commons)—should be developed. Current housing construction in Berlin should be examined and furthered in order to achieve alternative societal models beyond policies of upward valuation and exploitation. This is also a matter of finding alternative models for production, negotiation, and presentation spaces for (visual) artists. The entire city counts here, and is constituted by all its interwoven elements.

Haben und Brauchen is engaged in close exchange with Berlin's renter initiatives and real estate-political initiatives. This informally expanding network has sizable competencies at its disposal at the intersection between architecture, urban planning, and other urban protagonists. This network ought to be professionalized and stabilized as part of the proposed dialogue process. The re-linking of departmental politics to direct-democratic decision-making processes, and thereby to the formation of political will in general, could lead to an exemplary style of politics.

NEGOTIATING URBAN CHANGES—Mapping

As a method for the (re)appropriation of the city and its spaces, this Working Group will generate a mapping of the city of Berlin from the perspective of cultural producers. This cartography will plot, in three temporal trajectories, the loss of spaces (in the most recent past), the inscription of artistic activities into city spaces (in the present), and the existing opportunities for development and for the safeguarding of art in a growing and economically pressurized city (in the future).

The mapping will take place in a series of cumulative open workshops in which Berlin maps are created that compile acute observations illustrating knowledge of art and culture from the early 1990s to a possible future. The maps can then be compared to trace faults and unwanted developments. The mapping will have the potential to serve as a visual tool for the dialogue process between policymakers/administrators and the city's culture producers and for making prospective decisions for a stabilization of Berlin's current cultural potential in all its multifarious forms.

WG Notions of Art

Reception/Production

Haben und Brauchen speaks from the producer's perspective. However, art is frequently discussed from a perceptive-aesthetic viewpoint whose observations conclude that art's production conditions are mainly irrelevant, thereby inevitably dismissing the artist's self-conception and artistic stance. A dialogue process must therefore acknowledge producers' perspectives.

Berlin, the '90s

Conditioned by the situation after the Berlin Wall fell, the visual art scene evolved into an experimental, emancipatory movement where artistic traditions were called into question. A deconstructive lens was held to a bourgeois, apolitical, self-insuring understanding of art that manifested in "brilliant works" and that was often characterized by patriarchy. Art wanted to intervene in and relate to societal processes. A part of this self-conception was realized through the development of participatory and collaborative forms of work, through a questioning of authorship, through trans-disciplinary cooperation with agents from other fields, through the mixture of role models, and through a discursivization of one's own actions. Artists took hold of their own spaces and determined their own field.

Self-determination, functionalization, autonomy

Politics and institutions were inspired to adopt a notion of art as instrumental in societal and social contexts. Formats and self-conceptions developed by artists themselves became suitable for other departments beyond the field of art. Increasingly, criteria like interdisciplinarity, participation, and intervention became part of funding instruments that had emerged in the fields of urban development or education. Something homegrown negotiated within specific fields, often with a rather temporary character, turned into institutionalized solution models for a cultural policy hemmed in by budget cuts, deregulation, and issues of societal legitimation. In the course of this process, a notion of self-determined practice shifted toward a functionalization of art that insists on art's fulfillment of certain preordained roles.

Discussions surrounding the question of self-determination became particularly virulent as art academies were being restructured into bachelor's and master's programs and art academies into universities. To shield artistic education from complete subjugation to academic regulations, many academies reverted to the notion of artistic autonomy. From such a perspective, the utilization of the notion of autonomy today would seem to constitute resistance against the regulation and functionalization of art. What others speak of as autonomy, we understand as self-determination.

Areas of Debate with the Senate and with Policymakers

Today, the self-determination of which we speak has been subjected to enormous pressures. It is necessary for this dialogue process that different forms of artistic practices be discussed and strengthened in their self-determination. To this end, we have identified a series of fields

to be examined: Artistic education, public funding structures (legitimization of art funding according to criteria such as the usefulness and function of art. Which notions of art are different funding models linked to?), the art market (art as investment, over-economization of production), the creative economy (art as a work model for entrepreneurial action and as economic factor), and city marketing (art as symbolic capital).

It is not only the sociopolitical circumstances that have changed. Artists too have altered their working methods and changed how they describe themselves; what's more, working conditions and the conditions of production have changed, as have formats and spaces for the showing of art. The debate surrounding notions of art applied in different fields should first of all enable a space for reflection and discussion, a space that demonstrates those notions as viewed from their diverse individual perspectives. We want to establish this space as a working model for a dialogue process among ourselves, with the public, and with the Senate and policymakers. We call this the Reflectorium.

A central notion that would need to be examined is the notion of the *project*, a notion that has equally significant effects on the self-conception of artists, on funding policy, and on the overall understanding of cultural funding. The organizational form of the project emerged as a political alternative to fossilized institutions. Subsequently, however, the alternative model became a solution model for modes of funding tied to restricted time frames and particularized goals. What effects does "projectification" lead to in conditions experienced by producers of culture and by institutions?

Reflectorium / Negotiation Format

Nexes of questions find representation in the Reflectorium, questions concerning aesthetic, philosophical, sociological, and postcolonial changes in contemporary art, its production, and its reception. Especially within the phase of the Internal Study House, this model will provide the collective groundwork for the dialogue procedure with the aim of fine-tuning questions and problems.